

Wie steht es um den Haushalt 2024?



Die diesjährige Haushaltsdebatte war geprägt von der seit November ausgerufenen Konsolidierung unserer städtischen Finanzen.

Der nun von den bürgerlichen Parteien beschlossene Sparhaushalt zeigt, dass sich die ausufernden Kosten bei den großen Bauprojekten, als folgenreiches finanzielles Problem erweisen. Anfängliche Fehlplanungen beim Tunnel haben zu Zeitverzögerungen und unvorstellbaren Kostenexplosionen geführt, die unseren Schuldenberg haben wachsen lassen, diesen und zusätzliche Haushalte belasten werden. Für über 200Mio€ stehen die Autos nun im Tunnel im Stau, während sie vorher oben standen. Radfahrende haben am CityCarree den mickrigsten Radweg aller Zeiten bekommen, zu Fuß Gehende nicht mal eine nachvollziehbare Ausschilderung.

Unsere Investitionen in andere wichtige Bereiche müssen nun heruntergefahren werden.

Beim Brückenneubau hat ein Fehler bei der Vergabe der Bauleistungen ebenso zu Zeitverzögerungen und damit Kostensteigerungen geführt, die nun voll auf unseren Haushalt wirken. Mehr als 50Mio€ Mehrkosten sind nicht durch Fördergelder abgedeckt und stellen eine große Gefahr für die finanzielle Leistungsfähigkeit Magdeburgs dar. Das sind nur die beiden größten Brocken der hausgemachten Probleme in Magdeburg, die nichts mit äußeren Umständen zu tun haben. Dafür sollen nun die Leute draufzahlen mittels enormer Preiserhöhungen. Baumpflege und Neupflanzungen sollen zurückgestellt werden, obwohl gerade unser Stadtgrün wegen des Klimawandels besonders Aufmerksamkeit benötigt.

Es fehlen abertausende Bäume. Innovative Ideen wie Kaltluftthalen zur Aufwertung unserer Sportstättenstandorte werden wohl erst am Sankt Nimmerleinstag umgesetzt. Gerade für junge Menschen sind aber solche Angebote enorm wichtig. Denn wir sind eine Sportstadt und wollen es auch bleiben. Wir staunen jetzt alle wieder über die steigenden Kosten bei den Hilfen für in Not geratene Familien, weil diese einen maßgeblichen Teil zur traurigen Situation unseres Haushalts beitragen. Es sind aber nicht die Zahlen, die uns so ärgern sollten, sondern wir müssen uns bewusst machen, dass hinten diesen Zahlen Menschen stehen, Familien, in herausfordernden Lagen, Kinder, die dringend Unterstützung brauchen. Und dass die Zahlen immer höher werden, zeigt uns nur eins: Wir lassen Menschen seit Jahren im Stich.

Es ist unsere Aufgabe als Stadt-rät:innen und Verwaltung dafür zu sorgen, dass alles dafür getan wird, dass Kinder und Familien bestmöglich unterstützt werden. Dafür braucht es langfristige Konzepte zu Prävention. Und diese beginnt schon beim bewilligten Antrag für Mittagessen im Rahmen von Bildung und Teilhabe. Es braucht Bildungs- und Erziehungspartnerschaften mit Eltern und Erziehungsberechtigten.

Es braucht eine Verstärkung der Projekte wie Kita- und Schulsozialarbeit an jeder Bildungseinrichtung unabhängig von Bundes oder Landesprojekten. Dafür hätten wir im Vorfeld der Haushaltskonsolidierung vieles tun können. Stattdessen wurde und wird lieber in unzureichend geplante Baumaßnahmen investiert. Auch beim Wohngeld und den Kosten zur Unterkunft, die für einkommensschwache Menschen die Grundlage zur Wohnungssuche darstellt, hätte man agieren müssen. Unsere Verwaltung reagiert jedoch nur auf steigende Mieten mit einer Anpassung der KDU Richtlinie. Vor Jahren hätte schon in sozialen Wohnungsbau als wichtiger Teil der Stadtentwicklung investiert werden müssen. Immer wieder wurden unsere Hinweise ignoriert und Anträge abgelehnt. Stabile und geringe Mieten hätten nun effektiv die Kosten gesenkt. Menschen mit kleineren Einkommen hätten Wohnraum, der für sie auch bezahlbar ist und bleibt.

Ein weiteres Thema, das uns als Linke wichtig ist, ist die Zukunft unseres Klinikums. Es muss in städtischer Hand bleiben, und zwar nicht nur, wegen den unabweisbaren Risiken und Folgekosten, sondern vor allem wegen der drohenden Schließung ganzer Abteilungen zulasten der Gesundheitsversorgung in der Stadt. Und nicht zuletzt: weil wir den Mitarbeitenden des Klinikums zuhören - die wollen keine Fusion. Die sind teilweise nur noch da, weil das Klinikum eben in städtischer Hand ist.

Aufgrund des fehlenden sozialen Ausgleichs haben wir den Haushalt für das kommende Jahr abgelehnt. Die Folgen der Fehlentscheidungen der letzten Jahre, besonders von CDU, FDP und SPD, dürfen nämlich nicht auf die Menschen in Magdeburg abgewälzt werden.

Nadja Lösch und René Hempel
Fraktionsvorsitzende

Neue Synagoge während Chanukka eröffnet

85 Jahre nach der Zerstörung der Synagoge durch die Nationalsozialisten haben die etwa 400 Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Magdeburg wieder ein Gotteshaus. Es war ein langer und anstrengender Weg bis zur Errichtung des Neubaus unweit des alten Standortes. Die Eröffnung ist das Ergebnis vieler Unterstützer:innen, unter ihnen unsere ehemalige Fraktionsgeschäftsführerin Regina Frömert, der ich einen besonderen Dank und Respekt aussprechen möchte. Sie hat sich über viele Jahre für diesen Neubau engagiert.



Der Schriftzug an der Fassade der neuen Synagoge bedeutet: „Denn mein Haus soll ein Haus des Gebetes sein für alle Völker“



Die Vorsitzende der Synagogengemeinde, Inessa Myslińska, erhält symbolisch den Schlüssel zur neuen Synagoge

So sprach der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland Josef Schuster von „einem Tag der Freude und des Stolzes.“ Jüdisches Leben wird nun sichtbar und erlebbar. Es ist ein wichtiger Teil unserer Stadtgesellschaft.

René Hempel
Fraktionsvorsitzender

Grundsteuererhöhung 2024 - notwendig und sozial?

Diese Frage war eine der meist gestellten Fragen in der diesjährigen Haushaltsdebatte.

Erstmal ganz wichtig vorab: Im Stadtrat wurde mit dem Haushalt 2024 der Grundsteuerhebesatz einzig für das kommende Jahr beschlossen. Die verfassungsmäßig umstrittene Reform ab 2025 war damit noch gar nicht entscheidungsrelevant. Aber bei allen Kostenerhöhungen in der aktuellen Zeit – muss da die Stadt auch noch mehr von den Anwohner:innen fordern?

Der Haushaltsentwurf wies ein Defizit aus, was uns in die Fremdverwaltung durch das Land geführt hätte. Das hieß es zu vermeiden – durch Kosteneinsparung und Ertragssteigerung. Die hart durch die Linke im Stadtrat jahrelang erkämpften und immer noch unterfinanzierten Angebote für Teilhabe, Soziales und Kultur kamen aus unserer Sicht dafür nicht in Betracht. Das Schüler*innenticket, Schulsozialarbeit, die soziokulturellen Zentren und die Aktiven in Kunst und Kultur dienen allen Magdeburger:innen. Kürzungen würden zum Verlust der gerade erschaffenen Strukturen führen.

Diese müssen eher in den kommenden Jahren z.B. durch ein von uns gefordertes Sozialticket im ÖPNV oder eine Jugendkulturkarte und Weiteres ergänzt werden. In diesem Sinne haben wir gegen die geplante Erhöhung von Eintrittsgeldern in öffentlichen Einrichtungen wie Theater und Schwimmbädern gestimmt. Ohne den von uns beantragten sozialen Ausgleich führt dies noch mehr zum Ausschluss von sozial Benachteiligten.

Also Baumaßnahmen stoppen? Neue Großprojekte wie die „Entlastungsstraße“ Ostelbien und die dritte Elbquerung, deren Auswirkungen für die Stadt stark umstritten sind? Dagegen haben wir uns schon mehrfach ausgesprochen. Wichtige geplante Baumaßnahmen wie die neue Schule und notwendige grundlegende Sanierungsmaßnahmen müssen endlich durchgeführt werden. Weitere Verzögerungen erhöhen nur die Kosten. Und wer zahlt dafür? Das Geld von Bund und Land reicht schon lange nicht einmal mehr für die Umsetzung der auf uns übertragenen Aufgaben. Darüber können wir uns beklagen, aber bezahlen müssen wir es dennoch.

Die Einnahmen der Stadt beruhen neben Gebühren und Nutzungsentgelten auch auf Steuern, wie der Grundsteuer. Letztere knüpft an die Nutzung von Grundstücken in unserer Stadt Magdeburg an. Und das recht sozial ausgewogen – die/der Mieter*in einer kleinen Wohnung in einem Hochhaus teilt sie sich mit allen weiteren Mitmieter*innen. Die Eigenheimbesitzer*innen mit großem Grundstück oder die Gewerbetreibenden zahlen entsprechend mehr. Die überschlägige Berechnung der beschlossenen 20%-Erhöhung im Vergleich zu 2023 beläuft sich dabei bei Wohnungen auf 1 EUR monatlich bis hin zu vielleicht 60 EUR im Jahr.

Die Mehrheit des Stadtrates hat beschlossen, dass diese erstmalige Erhöhung seit 2012 eine tragbare sozial ausgewogene Beteiligung aller an der in den letzten 10 Jahren stattgefundenen Stadtentwicklung darstellt. Weitere Erhöhungen im Bereich Hundesteuer und der neuen Bettensteuer werden von uns nur mitgetragen, wenn die sozial notwendigen Befreiungen mit beschlossen werden.

Als letztes doch ein Satz zur Grundsteuerreform 2025:

Die Grundsteuerreform hatte den verfassungsgerichtlichen Auftrag nach fast 90 Jahren eine einheitliche Bewertung aller Grundstücke in ganz Deutschland herbeizuführen, ohne dabei mehr Steuereinnahmen zu erlangen.

Genau dazu hat sich auch der Stadtrat bereits mehrfach bekannt. Gegebenenfalls wird der Hebesatz ab 2025 wieder gesenkt. Das bedeutet aber nicht, dass es zu keiner Erhöhung im Einzelfall kommen wird. Vielmehr ergeben die ersten Berechnungen, dass es zu einer Verlagerung der Grundsteuer zulasten von Wohnungen kommen wird. Um dies sozial auszugleichen, haben wir zur Dezember-Sitzung des Stadtrates den Antrag gestellt, dem Stadtrat bereits im Frühjahr 2024 über die Auswirkung der Reform zu informieren – uns geht es nicht allein um die Aufkommensneutralität, sondern um die Soziale Ausgewogenheit.

Anke Jäger,
Stadträtin

Wie schaut's aus im Zoo? Interview mit unserem Stadtrat Chris Scheunchen

Janine: Im Zoo ist immer viel los. Aber seit einiger Zeit hat man den Eindruck, dass nichts Neues dazu kommt. Täuscht der Eindruck?

Chris: In den vergangenen Jahren gab es einige, letztlich nicht unumstrittene, große Projekte im Zoo. Vom Menschenaffenhaus über das neue große Gelände für die Elefanten, Africombo 2. Natürlich kann nicht in jedem Jahr ein großes neues Projekt eröffnet werden. Momentan liegt der Fokus darauf, sich auf den Bestand zu konzentrieren und sich vorrangig den bestehenden Gehegen zu widmen und diese im Hinblick aufs Tierwohl weiter zu verbessern. Wir sind auf einem guten Weg, aber letztlich kostet alles Geld.

J: Geld ist ein guter Stichpunkt. Die Inflation und die Preiserhöhung in allen Bereichen machen sicher auch vor dem Zoo nicht halt. Stehen die Eintrittspreise zur Debatte?

C: Natürlich muss auch der Zoo schauen, wie er die Mitarbeiter vernünftig bezahlt bekommt, die Tiere versorgt und sich gleichzeitig attraktiveren kann. Aus meiner Sicht gibt es 2 Wege: Entweder eine Erhöhung des Eintrittspreises oder erhöhte Zuschüsse der Stadt.

Aus linker Sicht ist dabei der 2. Weg meiner Meinung nach der sinnvollere. Jede weitere Preiserhöhung schließt mehr Menschen mit geringem Einkommen vom Zoobesuch aus. Der Zoo sollte aber als Ort der Kultur und der Bildung aber für Alle bezahlbar sein. Wir müssen als Stadt entscheiden, wie viel es uns wert ist, ihn für alle Menschen zugänglich zu lassen.

J: Du meinst damit bestimmt auch Familien. Abschließende Frage: Wie sieht es denn aktuell mit der Familienfreundlichkeit des Zoos aus?

C: Die ist in vielen Punkten gegeben, aber noch ausbaufähig. Bis zum 15. Lebensjahr ist der Eintritt für Kinder in den Zoo frei. Das bietet kein anderer Zoo deutschlandweit und ist ein absolutes Pfund. Familien wird es dadurch erleichtert, weil nur die Eltern den Eintritt zahlen. Allerdings beobachte ich zunehmend, dass manchmal nur ein Elternteil mit Kind in den Zoo geht und noch Freunde der Kinder mitnimmt. Zwar sorgt der Zoobesuch bei den Kindern trotzdem für strahlende Augen, für die gemeinsame Zeit als Familie ist es jedoch nicht zuträglich. Abhilfe könnte beispielsweise die Einführung einer Familienkarte schaffen. Oder der Kauf einer Jahreskarte. Diese lohnt sich aktuell bereits ab dem 4. Zoobesuch. Also dann, wenn man einmal im Quartal hin ginge. Und aus eigener Erfahrung kann ich sagen: Ein Zoobesuch ist nicht nur bei strahlendem Wetter schön, sondern lohnt sich auch jetzt im Winter!



Nicht nur was für Kinder - auch bei Chris leuchten die Augen im Magdeburger Zoo



Ein entspannter Tiger im Zoo

Das Interview führte unsere Fraktionsassistentin Janine Schmidt mit Chris Scheunchen, unserem Stadtrat.

Echo zu „Oberbürgermeisterin denkt über AMO nach“

Das ist ja schön, dass nun auch die Oberbürgermeisterin über das AMO und dessen Zukunft nachdenkt. Genau das hatte der Kultur-ausschuss bereits im Mai 2021 gefordert und per Antrag beschlossen und seine Mitarbeit eigens in einer zu gründenden Arbeitsgruppe angeboten. Das wurde jedoch von der Kultur-Bürgermeisterin Stieler-Hinz nach zunächst mündlicher Zusage im Ausschuss kurzerhand darauf mit der schriftlichen Stellungnahme wieder zurückgenommen und abgelehnt.

Uns LINKE gilt das AMO-Kulturhaus nach wie vor als ein fester, nicht wegzudenkender Bestandteil im öffentlichen Leben unserer Landeshauptstadt in kommunaler Trägerschaft. Als allseits beliebter Veranstaltungs- und Kulturort mit großer Tradition umgeben vom Jahn-Park und frisch saniertem Jahn-Sportplatz ist es seit jeher Ankerplatz dieser idyllischen Freizeitsinsel mit Naherholungscharakter inmitten unserer Stadt auf der Achse zwischen Stadtpark, Gewächshäuser, Gesellschaftshaus und Puppentheater, die man auch treffend als Cultural Circle bezeichnen kann. Nicht ohne Grund steht es unter Denkmalschutz und ist auch im Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) als Kulturort verankert. Wie wichtig es ist, zeigt sich zudem gerade jetzt in der Zeit der langersehnten Sanierung der Stadthalle in besonderer Weise.

Dabei hat der Zahn der Zeit, wie überall auch hier, seine Spuren am und im Gebäude hinterlassen (obwohl innen schon einiges getan wurde). Das ist schon seit mehreren Jahren bekannt. Daher schien und scheint dringend geboten, gemeinsam ein zukunftsfestes (Nutzungs-, Sanierungs-, Finanzierungs-) Konzept für das AMO zu erstellen, das den weiteren Weg konkret und belastbar beschreibt und die Verwaltung der Öffentlichkeit nun endlich mal vorzulegen, was sie dazu in den vergangenen mehr als 2 Jahren erarbeitet hat.

Ich freue mich, wenn nun endlich auch eine breite öffentliche Diskussion darüber entsteht, wie eigentlich die Magdeburger*innen selbst ihr AMO sehen und was sie sich für die Zukunft dort wünschen. Ich bin gespannt! Machen Sie mit!

Oliver Müller,
Stadtrat und Fraktions-
geschäftsführer

In Gedenken an unseren Genossen Bernd Krause



Uns erreichte die traurige Nachricht, dass unser ehemaliger, langjähriger Stadtrat Bernd Krause plötzlich verstorben ist. Zehn Jahre war er in den zwei Wahlperioden von 2004 bis 2014 Mitglied des Stadtrates und machte sich vor allem im Bauausschuss und im Umweltausschuss sowie Wobau-Aufsichtsrat einen Namen. Dabei war ihm vor allem der soziale Stadtumbau - insbesondere in seinem Wohn- und Wahlbereich Neu Olvenstedt - eine Herzensangelegenheit.

Hier war er Zuhause, genoss große Anerkennung der Anwohner:innen und war ein gefragter Diskussionspartner und Streiter für Frieden und Gerechtigkeit - bis zuletzt. Er war wohl das, was man kurzum als eine ehrliche Haut bezeichnet, immer offen, immer auf Augenhöhe mit seinen Mitmenschen. Wir danken für alles, was er zum Wohle der Landeshauptstadt im Ehrenamt geleistet hat und werden ihn nie vergessen! Wir erwirkten zum Gedenken an ihn eine Schweigeminute zu Beginn der Stadtratssitzung am 7. Dezember.

Termine

- 15.1. 17:00 Uhr Fraktionssitzung
- 18.1. 14:00 Uhr Stadtratssitzung
- 29.1. 17:00 Uhr Fraktionssitzung
- 12.2. 17:00 Uhr Fraktionssitzung
- 15.2. 14:00 Uhr Stadtratssitzung
- 26.2. 17:00 Uhr Fraktionssitzung
- 4.3. 17:00 Uhr Fraktionssitzung
- 7.3. 14:00 Uhr Stadtratssitzung
- 18.3. 17:00 Uhr Fraktionssitzung
- 2.4. 17:00 Uhr Fraktionssitzung
- 4.4. 14:00 Uhr Stadtratssitzung
- 15.4. 17:00 Uhr Fraktionssitzung
- 25.4. ab 9 Uhr Zukunftstag in der Fraktionsgeschäftsstelle

Herausgeber:

Fraktion DIE LINKE im
Stadtrat Magdeburg
V.i.S.d.P.: Oliver Müller,
Fraktionsgeschäftsführer
Redaktion: Janine Schmidt,
Fraktionsassistentin

Adresse:

Alter Markt 6
39104 Magdeburg
Telefon: 0391 5402270
Mail: dielinke.fraktion@stadt-magdeburg.de
Web: www.dielinke-magdeburg.de/stadtratsfraktion

Sie sind an einer Digitalausgabe unserer Fraktionszeitung interessiert? Dann senden Sie uns eine Mail und wir schicken Ihnen diese gern zukünftig im PDF-Format zu.

